

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15823
Mittwoch, 20. Mai 2020

EU-Kommission will Pflanzenschutzmitteleinsatz bis 2030 halbieren	1
Bernhuber/Schmiedtbauer: Green Deal nicht zulasten der Bäuerinnen und Bauern	2
Moosbrugger: EU-Strategie - Nachhaltigkeit nur gemeinsam mit Landwirtschaft	3
Land&Forst Betriebe zum Tag der Artenvielfalt: Wald ist Hotspot der Biodiversität	4
Corona-Hilfsfonds: Anträge für Fixkostenzuschüsse können ab sofort gestellt werden	5
Neue Studie zeigt: Mehr heimische Lebensmittel bringen mehrfache Dividende	8
Uneinheitliche Getreidemärkte - Gedämpfte Ernteprognose für Österreich	9
Inflation sank im April 2020 auf 1,5%	11
Green Deal-Strategien: Reaktionen reichen von Jubel bis Widerstand	12
Mößler zum Tag der Artenvielfalt: Naturschutz ohne Bauern ist nicht möglich	14
Tirol: Auch in Serfaus drei tote Schafe aufgefunden	15
Russland erwartet Ölpflanzenernte knapp unter dem Rekord von 2019	15
Lagerhäuser starten neue Imagekampagne "Miteinander. Füreinander"	16
Internationaler Weltbienentag: Oberösterreich bietet Blühpatenschaft an	16
Burgenländische Erdbeerernte trotz erschwerten Bedingungen angelaufen	17
Landesweingut Hollabrunn seit 2019 bio-zertifiziert	18

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



EU-Kommission will Pflanzenschutzmitteleinsatz bis 2030 halbieren

10% der Agrarflächen sollen stillgelegt werden

Brüssel, 20. Mai 2020 (aiz.info). - Lang ist der Maßnahmenkatalog für die "Farm to Fork"- und Biodiversitätsstrategie als Teil des geplanten Green Deals, den die EU-Kommission heute präsentiert hat. Weitreichende Anforderungen beinhaltet vor allem die Strategie für die Artenvielfalt, für die EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevicius vorschlägt, 10% der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Erholung von Vogel- und Insektenbeständen mit Landschaftselementen, Blühstreifen oder Brache zu widmen. Für den Bio-Landbau sieht die EU-Kommission einen Mindestanteil von 25% an der Fläche bis 2030 vor. Weiterhin sollen Landwirte weniger risikoreiche Pflanzenschutzmittel verwenden. EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides hat sich am Schluss in ihrer "Farm to Fork"-Strategie zu einer Mengenreduktion von 50% bis 2030 durchgerungen. Die ausgebrachte Menge an Düngemitteln soll in den kommenden zehn Jahren um 20% vermindert werden. * * * *

Immerhin sollen all diese Ziele regelmäßig überprüft werden, ob sie mit der Versorgungssicherheit und der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe in Konflikt geraten. Eine Herausforderung gibt es in der "Farm to Fork"-Strategie auch für die tierische Erzeugung, welche eine Halbierung der im Stall eingesetzten Antibiotika bis 2030 vorsieht.

EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski war bei der Vorstellung der beiden Strategien nicht dabei. Er soll die Pläne für eine grünere Landwirtschaft im Herbst in die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) einbauen. Schon heute setzt die EU-Kommission vor allem auf neue Eco-Schemes (Ökoregelungen) in der 1. Säule der GAP (Direktzahlungen). Dazu erklärt sich die EU-Kommission erstmals mit einem Mindestanteil für die Eco-Schemes am EU-Agrarbudget einverstanden.

Köstinger: Vorreiterrolle der österreichischen Agrarpolitik

"Die Präsentation 'Farm to Fork'-Strategie unterstreicht einmal mehr die Vorreiterrolle der österreichischen Agrarpolitik in ganz Europa. In Österreich werden bereits jetzt 25% der landwirtschaftlichen Fläche nach den Richtlinien des biologischen Landbaus bewirtschaftet, was uns zum Bio-Musterland Nummer eins macht. Darüber hinaus nehmen mehr als 80% der heimischen bäuerlichen Betriebe am Agrarumweltprogramm ÖPUL teil, welches 25 Maßnahmenpakete von Biodiversität bis hin zu Grundwasser- und Tierschutz umfasst", betonte Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger**.

"Eines hat die Corona-Krise noch mehr verdeutlicht: Die landwirtschaftliche Produktion ist Teil der systemrelevanten Infrastruktur. Die Versorgungssicherheit mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und der Ausbau der Nahrungsmittelsouveränität werden in ganz Europa in den nächsten Jahren im Zentrum der Bemühungen stehen müssen", unterstrich Köstinger. "Von der Europäischen Union erwarten wir im Rahmen der 'Farm-to-Fork'-Strategie weiterhin Unterstützung für unseren Weg. Die Regionalität bei der Lebensmittelproduktion muss auch bei der EU-Kommission an oberster Stelle stehen, denn nur so können wir einen Beitrag zum Green Deal leisten", so die Ministerin.

Die in Ziffern gefassten Verminderungen von landwirtschaftlichen Betriebsmitteln waren innerhalb der EU-Kommission lange umstritten. Von einigen EU-Mitgliedstaaten werden sie scharf kritisiert. Als einen "Generalangriff auf die europäische Landwirtschaft" bezeichnet der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, **Joachim Rukwied**, die Strategien der EU-Kommission. Reduktionsziele für Pflanzenschutzmittel und andere Betriebsmittel seien kontraproduktiv und verlassen die Grundlage der guten fachlichen Praxis, erklärte Rukwied. (Schluss) mö/hub

Bernhuber/Schmiedtbauer: Green Deal nicht zulasten der Bäuerinnen und Bauern

Lebensmittelimporte müssen EU-Standards genügen

Wien, 20. Mai 2020 (aiz.info). - "Die Hauptlast des Klimaschutzes darf nicht von der Landwirtschaft getragen werden", sagen **Alexander Bernhuber**, Umweltsprecher der ÖVP im Europaparlament, und **Simone Schmiedtbauer**, Agrarsprecherin der ÖVP im EU-Parlament, anlässlich der heutigen Präsentation der Biodiversitäts- und der "Farm to Fork"-Strategie durch die EU-Kommission. "Es ist seit jeher im Eigeninteresse der Bäuerinnen und Bauern, die Umwelt sowie das Klima zu schützen und die Artenvielfalt zu bewahren. Wenn der Green Deal neue Maßnahmen für die Landwirtschaft erlässt, so müssen diese realistisch sein und finanziell abgegolten werden", so die beiden EU-Abgeordneten. * * * *

Die EU-Kommission skizziert in den beiden Strategien Maßnahmen zulasten der Landwirtschaft. So sollen der Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel deutlich verringert und 10% der Landwirtschaftsfläche stillgelegt werden. Ein weiteres Ziel ist, dass ein Viertel der EU-Agrarfläche biologisch bewirtschaftet wird. Ein Lichtblick: Die verpflichtende Lebensmittelkennzeichnung soll kommen.

Versorgungssicherheit nicht gefährden

"Der Green Deal braucht ein neues Ziel, das uns in der Krise klar gezeigt wurde: Versorgungssicherheit. Es kann nicht sein, dass Millionen Tonnen Eiweiß nach Europa importiert werden und die EU-Kommission zugleich verlangt, dass wir 10% der Anbaufläche in Europa außer Produktion stellen. Wo bleibt da der Hausverstand?", fragt Bernhuber in Richtung EU-Kommission. "Außerdem müssen alle importierten Produkte den Umwelt- und Produktionsstandards der Europäischen Union genügen. So hat es Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen versprochen, und das muss eingehalten werden. Ich begrüße die Thematisierung, aber erwarte hier konkrete Vorschläge. Das ist gut für das Klima und die Umwelt, schützt die Artenvielfalt und ist den europäischen Bäuerinnen und Bauern gegenüber fair", sagt Bernhuber und fordert außerdem einen allumfassenden Ansatz.

Forderung nach klarer Herkunftskennzeichnung

"Eine EU-weite Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel ist für mich die Basis eines nachhaltigen Europas und muss rasch umgesetzt werden", begrüßt Schmiedtbauer die Ankündigung von Herkunftsangaben für Milch sowie Milch und Fleisch in verarbeiteten Produkten als ausbaufähige Basis und ergänzt: "Das Wissen um regionale und saisonale Lebensmittel muss aber grundlegend neu vermittelt werden. Was für uns Landwirte eine Selbstverständlichkeit ist, weiß ein Großteil der Gesellschaft nicht: Regionalität ist Klima- und Umweltschutz. Wir müssen alle an einem Strang ziehen und die Hauptlast nicht auf einen Sektor alleine abwälzen", sagt Schmiedtbauer. Jeder einzelne EU-Bürger müsse Verantwortung übernehmen und bewusste Entscheidungen treffen. "Zudem sind die vorgesehenen unrealistischen Reduktionsziele bei Pflanzenschutz- und Düngemitteln - ohne Alternativen und Folgenabschätzung - keinesfalls im Sinne der Versorgungssicherheit und der Unabhängigkeit Europas." (Schluss) - APA OTS 2020-05-20/14:19

Moosbrugger: EU-Strategie - Nachhaltigkeit nur gemeinsam mit Landwirtschaft

EU muss auf Eigenproduktion setzen - Ernährungssicherheit nicht importierbar

Wien, 20. Mai 2020 (aiz.info). - "Die Europäische Kommission hat heute mit der 'Farm-to-Fork'-Strategie und mit der Biodiversitätsstrategie zwei Säulen des Green Deal vorgestellt. Sie sollen Basis für sichere und qualitätsvolle Lebensmittel und eine intakte Umwelt sein. Wir begrüßen diese Initiativen und sind der Ansicht, dass sie wesentlich dazu beitragen können, die EU nach der Corona-Krise wieder voranzubringen. Jedoch müssen Ziele und Maßnahmen beider Strategien in sich widerspruchsfrei und mit anderen Bereichen, wie der Gemeinsamen Agrarpolitik, kompatibel sein. Die Eigenversorgung mit Lebensmitteln als Ziel ist zu begrüßen, die Reduktion von Eiweißimporten aus Übersee ebenso. Das steht aber im Widerspruch mit dem Plan, weitere landwirtschaftliche Nutzflächen aus der Produktion zu nehmen. Das Ziel, den Einsatz von Düngemitteln, Pflanzenschutzmitteln und Antibiotika zurückzuschrauben, scheint eher der veröffentlichten Meinung als einer wissenschaftlichen Basis entsprungen. In jedem Fall bedarf es alternativer Ansätze und moderner Züchtungsmethoden, da sonst die Ernährung der EU-Bevölkerung nicht gesichert werden kann. Grundsätzlich müssen im Sinne der Wettbewerbsgleichheit für importierte Lebensmittel dieselben Regeln gelten wie für die EU-Produzenten, sonst kann das nicht funktionieren", stellte Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger** fest und ergänzte: "Mehr Nachhaltigkeit kann es nur gemeinsam mit der Landwirtschaft und in Partnerschaft mit den Konsumenten geben." * * * *

Vorreiter belohnen, Bio am Markt orientieren

"Die heimischen Bäuerinnen und Bauern sind in Sachen Bio-Landwirtschaft und Tierwohl europaweit Vorreiter. Jene, die heute schon Lebensmittel nachhaltig produzieren, sollten daher nicht durch ein Regelwerk, das alle über einen Kamm schert, bestraft, sondern im Gegenteil, durch Anreize belohnt werden. Weiter ist es vernünftig, das Bio-Wachstum nicht per Dekret zu verordnen, sondern mit dem Markt zu entwickeln. Ein verordnetes Ansteigen der Bio-Landwirtschaft auf EU-weit 25% würde die Bio-Produktion verdreifachen. Daher spricht sich Österreich als Vorreiter in diesem Segment dafür aus, dass Bio mit dem Markt mitwachsen soll", so Moosbrugger weiter.

Konsumenten wollen Herkunftskennzeichnung

"Ohne Konsumenten kann keines der Ziele dieser Strategien erreicht werden. Um aber bewusst zu regionalen Produkten zu greifen, muss deren Herkunft ausgezeichnet werden. Eine transparente Herkunftskennzeichnung ist auch ein wirksames Instrument der Handelspolitik, weil es dem Konsumenten signalisiert, dass er ein Produkt kauft, das nach höchsten Standards erzeugt worden ist. Daher darf eine praktikable EU-weite Umsetzung nicht weiter hinausgeschoben werden", verlangte Moosbrugger.

Klimawandel Hauptverursacher von Biodiversitätsverlust

"Die Folgen des Klimawandels sind der Haupttreiber des Verlustes an Biodiversität. Dennoch ist die EU-Strategie ausschließlich auf die Landwirtschaft ausgerichtet. Die Landwirtschaft kann nicht alleine gutmachen, was andere Bereiche, wie der Verkehr, durch intensiven Einsatz von fossilen Rohstoffen an Schäden anrichten. Noch mehr Flächen aus der Produktion zu nehmen, ist keine Lösung. Dem Klima hilft es nur, wenn die Verwendung von Erdöl, Erdgas oder Kohle stark eingeschränkt wird. In diesem Bereich braucht die Biodiversitätsstrategie einen ganzheitlichen Ansatz, soll sie auch tatsächlich greifen", schlug Moosbrugger vor.

EU-Landwirtschaft konkurrenzfähig halten

"Die Bäuerinnen und Bauern sorgen tagtäglich dafür, dass die Regale voll und die Tische gedeckt sind. Dazu benötigen sie jedoch genügend Produktionsgrundlagen, allen voran Ackerboden, der nicht Asphalt, Beton und falsch verstandenem Naturschutz zum Opfer fallen darf. Und sie brauchen moderne Produktionsmethoden, um alle Ressourcen auszuschöpfen. Die EU-Landwirtschaft produziert heute schon nach den weltweit höchsten Standards. Nur wenn sie international konkurrenzfähig bleibt, kann es gelingen, ausländische Billignahrungsmittel vom europäischen Markt fernzuhalten", so Moosbrugger abschließend. (Schluss) - APA OTS 2020-05-20/13:38

Land&Forst Betriebe zum Tag der Artenvielfalt: Wald ist Hotspot der Biodiversität

Verantwortungsvolle Bewirtschaftung bewahrt heimische Kulturlandschaft

Wien, 20. Mai 2020 (aiz.info). - Der Internationale Tag der Artenvielfalt am 22. Mai 2020 hat zum Ziel, das Bewusstsein für die Biodiversität zu stärken. Österreich zählt laut Land&Forst Betriebe aufgrund seiner geografischen und naturräumlichen Gegebenheiten sowie einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Bewirtschaftung der vielfältigen heimischen Kulturlandschaft zu den artenreichsten Ländern in Europa. Etwa die Hälfte der gesamten biologischen Artenvielfalt auf der Erde sei im Wald beheimatet. Forscher stellen dennoch seit Jahren einen ansteigenden Verlust der Artenvielfalt fest. Hauptursachen dafür sind der fortschreitende Klimawandel, die steigende Bodenversiegelung sowie der auf fossilen Rohstoffen basierende Lebensstil unserer Gesellschaft. * * * *

"Österreichs Landwirte betreiben verantwortungsvolle Landschaftspflege mit enormen Ansätzen zur Erhaltung und Steigerung der Biodiversität. Auch Österreichs Waldbesitzer, als Bewahrer einer gelebten Nachhaltigkeit, gehen schon seit vielen Generationen den integrativen Weg einer

nachhaltigen und multifunktionalen Forstwirtschaft, um sowohl die vielfältigen Leistungen des Waldes für die Gesellschaft als auch den Erhalt der wertvollen Biodiversität langfristig zu sichern. Heimische Land- und Forstwirte tragen im Sinne von 'Natur nützen - Natur schützen' hohe Verantwortung für die Landschaft und deren Vielfalt", erklärt **Felix Montecuccoli**, Präsident der Land&Forst Betriebe Österreich. Mit vielfältigen freiwilligen Leistungen und Maßnahmen für Umwelt und Natur, wie Totholzinsel, Amphibientümpel etc., schafften die Landbewirtschafter zusätzliche wertvolle Lebensräume für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten.

Umso wesentlicher sei, dass in der heute von der EU-Kommission präsentierten europäischen Biodiversitätsstrategie vorgesehene Zielsetzungen und die zugrunde gelegte Systematik auf realistische Szenarien abgestellt werden und nicht auf Visionen. Für den forstlichen Bereich wurde bereits im Green Deal der EU eine eigene Neuauflage der EU-Waldstrategie vorgesehen. In diesem Rahmen müssen dann auch die walddrelevanten Biodiversitätsthemen ausgearbeitet werden.

Klimawandel bedroht Artenvielfalt

"Auch der Wald kämpft mit den Herausforderungen des Klimawandels, die entsprechenden Einfluss auf die Biodiversität im Wald haben und zu einer Änderung der Artenzusammensetzung führen. In der Forstwirtschaft haben wir daher bereits vor Jahren damit begonnen darauf zu reagieren, indem wir alles daran setzen, klimafitte und enkeltaugliche Wälder für künftige Generationen zu erschaffen. Es braucht ein verantwortungsvolles Management der Naturflächen, aber auch entsprechende rechtliche Flexibilität, um den Herausforderungen des Klimawandels oder auch den steigenden gesellschaftlichen Ansprüchen gerecht zu werden. Die heimischen Landbewirtschafter arbeiten in und mit der Natur, sie sind die wahren Manager und Bewahrer der heimischen Kulturlandschaft und der dazugehörigen Biodiversität", so der Verbandspräsident.

Tausendsassa Wald

Ein nachhaltig bewirtschafteter Wald mit seinen vielfältigen Funktionen ist ein wahres Multitalent: "Er ist Hauptakteur im Kampf gegen den Klimawandel, denn er speichert CO₂ in den Bäumen und auch in deren Produkten, gibt uns frische Luft und sauberes Wasser sowie erneuerbare Energie, schützt die Menschen vor Naturgefahren, liefert den nachwachsenden Rohstoff Holz, bietet Lebensraum für die Tier- und Pflanzenwelt und ist Erholungsraum für die Menschen. Heimische Waldbesitzer kümmern sich darum, dass Österreichs Wälder ihre vielfältigen Waldleistungen für Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft für die nächste Generation aufrechterhalten können", so Montecuccoli.
(Schluss)

Corona-Hilfsfonds: Anträge für Fixkostenzuschüsse können ab sofort gestellt werden

Zugang auch für betroffene land- und forstwirtschaftliche Unternehmen

Wien, 20. Mai 2020 (aiz.info). - Die Bundesregierung hat ein umfassendes Corona-Hilfspaket auf den Weg gebracht, um die Gesundheit der Menschen in unserem Land zu schützen, Arbeitsplätze zu sichern und die Wirtschaft so gut wie möglich durch die Krise zu führen. Neben dem Härtefallfonds bietet auch der Corona-Hilfsfonds eine wichtige Unterstützung. Er ist mit 15 Mrd. Euro dotiert und hilft auch land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, die unter anderem durch Umsatzausfall und Fixkosten

beziehungsweise Wertverlust der Waren in der Krise betroffen sind. Der Fixkostenzuschuss kann ab sofort beantragt werden. * * * *

Köstinger: Einkommensrückgänge abfedern

"Der Corona-Hilfsfonds steht - ebenso wie der Härtefallfonds - auch den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zur Verfügung. Diese beiden Fonds bieten unseren Familienbetrieben wichtige Möglichkeiten, um Umsatzeinbußen oder auch Einkommensrückgänge abzufedern", betont Bundesministerin **Elisabeth Köstinger**.

Moosbrugger: Existenz von betroffenen Höfen absichern

"Für Betriebe in besonders betroffenen Sektoren der Land- und Forstwirtschaft, die krisenbedingt mit starken Umsatzrückgängen und Einkommensverlusten konfrontiert sind, gibt es mit den Fixkostenzuschüssen eine weitere Möglichkeit, Unterstützung aus dem Hilfsfonds zu erhalten. Damit soll die Existenz von Höfen in spezifischen Bereichen abgesichert werden, die durch die Corona-Krise besonders stark beeinträchtigt worden sind", erklärt Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger**.

Für Fixkostenzuschüsse insgesamt 8 Mrd. Euro zur Verfügung

Eine erste Maßnahme des Hilfsfonds sind Überbrückungsgarantien - Anträge dafür konnten, wie berichtet, bereits Mitte April gestellt werden. Eine weitere Maßnahme sind Zuschüsse zur Deckung von Fixkosten, sie sind gestaffelt und abhängig vom Umsatzausfall des Betriebes. Fixkostenzuschüsse sind nicht steuerpflichtig und müssen auch nicht zurückgezahlt werden. Für dieses Instrument stehen insgesamt 8 Mrd. Euro zur Verfügung.

Begünstigte Betriebe müssen folgende Voraussetzungen erfüllen: Sitz oder Betriebsstätte und operative Tätigkeit müssen sich in Österreich befinden. Der Betrieb erleidet zwischen 16. März und 15. September 2020 einen Umsatzausfall von zumindest 40%, der durch die Ausbreitung von COVID-19 verursacht ist. Für die Berechnung kann ein gewisser Betrachtungszeitraum gewählt werden. Der Betrieb muss zumutbare Maßnahmen gesetzt haben, um seine Fixkosten zu reduzieren. Er darf sich am 31. Dezember 2019 nicht in finanziellen Schwierigkeiten befunden haben, es darf zu diesem Zeitpunkt kein Insolvenzverfahren eröffnet worden (oder die Voraussetzungen dafür gegeben) sein.

Fixkosten zwischen 16. März und 15. September 2020 als Bemessungsgrundlage

Als Bemessungsgrundlage werden die Fixkosten des Betriebs zwischen 16. März und 15. September 2020 herangezogen. Als Fixkosten gelten: Pacht und Geschäftsraummieten, betriebliche Versicherungsprämien, Zinsaufwendungen für Kredite und Darlehen, Finanzierungskostenanteile von Leasingraten, weiters Lizenzgebühren, die nicht an ein verbundenes Unternehmen im Konzern gezahlt werden, aber auch Zahlungen für Strom, Gas und Telekommunikation. Ebenfalls berücksichtigt wird ein Wertverlust bei verderblicher/saisonaler Ware von mindestens 50%. Als Fixkosten gelten auch der "Unternehmerlohn" in Höhe von maximal 2.666,67 Euro pro Monat (Nebeneinkünfte sind abzuziehen) sowie solche Personalaufwendungen, die ausschließlich für die Bearbeitung von krisenbedingten Stornierungen und Umbuchungen anfallen. Ebenfalls dazu zählen Aufwendungen für sonstige vertragliche betriebsnotwendige Zahlungsverpflichtungen, die nicht das

Personal betreffen. Bei Fixkostenzuschüssen von unter 12.000 Euro können Kosten für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer oder Bilanzbuchhalter berücksichtigt werden.

Unterschiedliche Betrachtungszeiträume

Grundsätzlich werden zur Berechnung des Umsatzausfalls die Waren- und Leistungserlöse im zweiten Quartal 2020 (April bis Juni) mit dem zweiten Quartal 2019 verglichen. Abweichend davon kann ein alternativer Zeitraum gewählt werden, wenn dies von Vorteil für den Betrieb ist. Es gibt sechs Betrachtungszeiträume (jeweils von Monatsmitte zu Monatsmitte). Anträge können laut Richtlinie für maximal drei Betrachtungszeiträume, die zeitlich zusammenhängen müssen, gestellt werden.

Der Nachweis des Umsatzausfalls erfolgt durch Aufzeichnungen über Waren- und Leistungserlöse, die für steuerliche Zwecke geführt werden. Müssen solche nicht geführt werden, sind andere geeignete Aufzeichnungen, die nicht Vorschriften für verpflichtende Aufzeichnungen erfüllen müssen, oder sonstige vergleichbare Belege heranzuziehen.

Anträge für Zuschüsse ab sofort möglich

Der Fixkostenzuschuss wird nur dann gewährt, wenn er insgesamt 500 Euro oder mehr beträgt. Er ersetzt die Fixkosten abhängig vom Umsatzausfall in folgender Höhe: Bei 40 bis 60% Umsatzausfall werden 25% der Fixkosten (maximal 30 Mio. Euro pro Betrieb) ersetzt. Bei 60 bis 80% Umsatzausfall sind es 50% der Fixkosten (maximal 60 Mio. Euro pro Betrieb). Liegt der Umsatzausfall zwischen 80 und 100%, werden 75% der Fixkosten (höchstens 90 Mio. Euro pro Betrieb) ersetzt. Anträge für Zuschüsse können ab heute bis spätestens 31. September 2021 über FinanzOnline gestellt werden.

Auszahlung in drei Tranchen möglich

Die Auszahlung an die betroffenen Betriebe erfolgt in drei Teilen: Die erste Tranche kann ab heute beantragt werden, sie umfasst höchstens 50% des voraussichtlichen Fixkostenzuschusses. Der Antrag für die zweite Tranche ist ab 19. August 2020 möglich und umfasst zusätzlich höchstens 25% (insgesamt somit höchstens 75%) des Zuschusses. Die dritte Tranche kann ab 19. November 2020 beantragt werden.

Für die erste und - wenn noch keine Daten zur Verfügung stehen - für die zweite Tranche sind der Umsatzausfall und die Fixkosten bestmöglich zu schätzen. Für die erste Tranche enthält die Richtlinie besondere Vorgaben zur Schätzung. Inhaltliche Korrekturen erfolgen mit der letzten Tranche.

Erste Auszahlungen ab Anfang Juni

Bei der ersten Tranche sind der Wertverlust saisonaler Ware und Steuerberaterkosten noch nicht zu berücksichtigen. Bei der zweiten Tranche ist dieser Wertverlust zu berücksichtigen, wenn er nachgewiesen werden kann. Die Höhe der Umsatzausfälle und der Fixkosten sind durch einen Steuerberater, Wirtschaftsprüfer oder Bilanzbuchhalter zu bestätigen.

Wird in der ersten Tranche ein Zuschuss von insgesamt nicht mehr als 12.000 Euro beantragt, muss der Antrag nicht durch einen Steuerberater, Wirtschaftsprüfer oder Bilanzbuchhalter bestätigt werden. Wird in der ersten Tranche ein Zuschuss von insgesamt mehr als 12.000 Euro jedoch höchstens

90.000 Euro (für erste, zweite und dritte Tranche) beantragt, kann sich die Bestätigung des Steuerberaters, Wirtschaftsprüfers oder Bilanzbuchhalters auf die Plausibilität der Angaben beschränken. Erste Auszahlungen werden voraussichtlich ab Anfang Juni 2020 erfolgen.

Weitere Informationen sind auf der Webseite des Finanzministeriums unter <https://www.bmf.gv.at/public/top-themen/corona-hilfspaket-faq.html> zu finden. (Schluss) kam

Neue Studie zeigt: Mehr heimische Lebensmittel bringen mehrfache Dividende

Weinberger: Regionalität hat enormen Wert - das machte die Krise deutlich

Wien, 20. Mai 2020 (aiz.info). - Mit dem Corona-Virus ist eine schwere Krise über die österreichische Gesellschaft und die Wirtschaft gekommen. Fast 600.000 Menschen wurden arbeitslos, rund 1 Mio. befinden sich in Kurzarbeit. "Nun sind wir alle gefordert, diese negative Entwicklung zu korrigieren. Dafür braucht es nicht viel, um enorme Effekte zu erzielen", betonte **Kurt Weinberger**, Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Hagelversicherung, heute vor Journalisten, wo er die neuesten Berechnungen der Johannes-Kepler-Universität Linz und der Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung (GAW) im Auftrag der Hagelversicherung präsentierte. Sie zeigen, dass die Österreicher beim täglichen Einkauf leicht Arbeitsplätze schaffen, die heimische Wirtschaft ankurbeln und die Umwelt schützen können: Wenn nur 20% mehr heimische Lebensmittel statt weltgereister Produkte im Einkaufswagen landen, bedeutet das in Summe 46.000 neue Arbeitsplätze und ein um 4,6 Mrd. Euro höheres Bruttoinlandsprodukt. "Eine minimale Korrektur, die dreifache Dividende bringt", so Weinberger. * * * *

Im Schnitt wendet jeder heimische Haushalt monatlich rund 600 Euro seiner Konsumausgaben von etwa 3.175 Euro für Nahrungsmittel, Getränke sowie Café- und Gasthausbesuche auf. Gleichzeitig werden jährlich land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse im Wert von 15 Mrd. Euro importiert, davon machen Nahrungsmittel rund 10 Mrd. Euro aus. "Würden die Österreicher beim Lebensmitteleinkauf 20% mehr heimische Produkte erwerben, würde die Wertschöpfung um 4,6 Mrd. Euro steigen, es würden 46.059 neue Arbeitsplätze geschaffen, die zusätzliche Lohnsumme würde 2,0 Mrd. Euro betragen und durch die höhere Produktion am Wirtschaftsstandort Österreich würden zusätzliche Steuer- und Sozialversicherungsabgaben in Höhe von 1,5 Mrd. Euro in die öffentlichen Kassen fließen", so Studienautor **Stefan Jenewein** (GAW). "Arbeitsmarktimpulse würde es nicht nur in der Landwirtschaft geben, durch die Verflechtung der Wirtschaft würden schließlich alle Sektoren profitieren", so der Experte.

Auch für **Friedrich Schneider**, Professor an der Johannes-Kepler-Universität Linz, zeigen diese Zahlen sehr eindrücklich, wie beim Kauf heimischer Lebensmittel Österreich insgesamt in mehrfacher Hinsicht profitieren würde. "Mehr regionale Produkte stärken nicht nur unsere Landwirtschaft, sondern sind ein konkreter Beitrag zum Wiederaufbau unseres Landes in dieser Krise. Jeder einzelne Bürger tut damit nicht nur Gutes für die Wirtschaft, sondern ebenso für die Ökologie, etwa durch Einsparungen bei Transportkilometern."

Als zusätzliche Anreize, um heimischen Erzeugnissen den Vorrang vor importierten zu geben, kann sich Schneider zum Beispiel eine CO2-Abgabe auf alle Produkte vorstellen. Auch die Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft müsse verstärkt werden, um eine Präferenzänderung zu

erreichen. Ebenso könnte der Lebensmittelhandel seine grüne Linie mit noch mehr heimischen Waren ausbauen. Eine rein steuerliche Bevorzugung hingegen würde dem EU-Recht widersprechen, so der Experte. Der Spielraum sei begrenzt, "aber wir können ganz konkret etwas tun, wenn wir österreichische Lebensmittel kaufen und die Bereitschaft haben, dafür eventuell auch etwas mehr zu bezahlen."

Gleichzeitig wurden in Österreich im Vorjahr 13 ha landwirtschaftlicher Fläche pro Tag verbaut, um 24% mehr als noch 2018 (10,5 ha). Hier sei ein kommunales Umdenken erforderlich, so Schneider, damit Leerstände genutzt werden, anstatt grüne Wiesen mit Einkaufszentren und Supermärkten zu verbauen. Dazu sei der Ackerboden eine zu wertvolle Ressource.

Mehr Bewusstsein für heimische Lebensmittelerzeugung: "Von Beton kann man nicht abbeißen"

Mangelndes Bewusstsein der Gesellschaft für die Lebensgrundlage Boden ortet auch Weinberger. Er plädiert dafür, strengere Maßstäbe für die Flächenwidmung zu setzen und kann sich auch steuerliche Anreizsysteme vorstellen, um Leerstände wieder nutzbar zu machen, etwa eine Senkung der AfA oder eine Bodenabgabe. "Es ist grob fahrlässig, wie Österreich zubetoniert wird, was in weiterer Folge auch unsere Versorgungssicherheit massiv gefährdet", so der Chef der Hagelversicherung. Bereits jetzt beträgt der Selbstversorgungsgrad bei Getreide nur noch 85% und bei Gemüse nur 50%. "Wir sind in einer gewaltigen Schieflage und sehr verletzlich", so Weinberger. "Ernährungssicherheit kann man nicht importieren. Wir müssen selbst die Voraussetzungen dafür schaffen, um die Bevölkerung im Krisenfall ausreichend ernähren zu können. Die Landwirtschaft ist systemrelevant, aber auch unsere Lebensgrundlage, der Boden, muss als kritische Infrastruktur deklariert werden. Von Beton kann man nicht abbeißen, daher müssen wir unsere Böden schützen", so Weinberger.

Laut der Weltgesundheitsorganisation (FAO) benötigt ein Europäer mit seinem gewohnten Lebensstil 3.000 m² Ackerfläche für seine Ernährung. In Österreich sind allerdings nur mehr 1.600 m² pro Kopf verfügbar, beim Rest sind wir auf Importe angewiesen. Ohne gezielte Verbesserungen wird uns im Jahr 2050 nur mehr ein Drittel der notwendigen Fläche zur Verfügung stehen, zeigen die Experten auf. (Schluss) wol

Uneinheitliche Getreidemärkte - Gedämpfte Ernteprognose für Österreich

Weiterhin wenig Geschäft und Zurückhaltung am heimischen Kassamarkt

Wien, 20. Mai 2020 (aiz.info). - Mit Meldungen beziehungsweise Prognosen über sich jeweils verschlechternde oder verbessernde Vegetationsbedingungen operieren die Weizen-Terminbörsen in den USA und in Paris im Wettermarkt-Modus, wenn sie nicht gerade unter anderen Einflussfaktoren wie Corona, Handelskonflikten und Wirtschaftsängsten stehen. Die Notierungen bewegen sich in relativ engen Bandbreiten auf und ab. Der Monatsbericht MARS des Wissenschaftlichen Dienstes der EU-Kommission sah diese Woche die Trockenheit in weiten Teilen Europas im April und Anfang Mai schlimmer als 2019 (aiz.info berichtete, siehe Link unten). Auch in Österreich sprechen erste Schätzungen von Experten davon, dass die Hektarerträge und die Produktion insgesamt von Kulturen wie Weichweizen, Roggen und anderen Getreidearten, vor allem aber von Sommergerste heuer unter den Vorjahreswerten bleiben würden. * * * *

Da die Landwirte für die Ernte 2020 den Anbau von Sommergerste neuerlich deutlich eingeschränkt hätten, zeichne sich bei Braugerste das stärkste Produktionsminus ab. Dementgegen solle eine sprunghafte Ausweitung der Durumflächen die Erntemenge trotz niedrigerer Naturalerträge signifikant steigen lassen. Da der Anbau von Weichweizen, Gerste insgesamt, Roggen und Hafer ziemlich stabil geblieben sein soll, bahnten sich bei diesen Kulturen entsprechende trockenheitsbedingte Produktionsrückgänge an. Jedenfalls würden die kommenden Wochen noch zeigen, ob sich die Prognosen bestätigten, die Ernte noch etwas aufholen könne, oder ob sich das Bild noch weiter verdüstere.

Österreich: Wenig Geschäft - Klagen über Lieferverschiebungen und Versicherungen

Im Vorfeld der erstmalig nach dem Corona-Shutdown wieder in Form einer Präsenzsitzung stattfindenden Notierung an der Wiener Produktenbörse hieß es am Mittwochmittag aus Branchenkreisen, am heimischen Kassamarkt laufe weiterhin wenig Geschäft in der auslaufenden Vermarktung der Ernte 2019, und im Handel mit der neuen Ernte 2020 herrsche nach wie vor Zurückhaltung von Abgeber- und Abnehmerseite. Es wurden daher nur wenige Notierungen und keine großen Preissprünge nach oben oder nach unten hin erwartet.

Dabei verweisen Marktteilnehmer zum einen auf die Folgen der Corona-Krise mit ausbleibenden Touristenströmen im Inland wie in Italien und zum anderen auf die in Österreich sehr gedämpften Ertragsaussichten für die neue Ernte.

Aktuell, so klagen Marktteilnehmer, sei das Geschäft von der Verschiebung von Lieferterminen italienischer Abnehmer und von Beschneidungen der Risikorahmen durch Versicherer von Geschäften geprägt, obwohl diese dafür ansehnliche staatliche Hilfen und Garantien erhielten. Im Inland sei der Markt für Paketmehl gesättigt. Gastronomie und Tourismus ließen nach wie vor aus, eine Belebung nach deren Öffnung würde dauern und auch nicht in großen Schritten zu Vorkrisenverhältnissen führen. Sorge bereite in diesem Umfeld, wie aus der neuen Ernte Premiumweizen nach Italien vermarktet werden könne oder ob dieser anstatt als Aufmischware quasi zu Qualitätsweizenkonditionen Abnehmer im Inland suchen müsse.

EU-Weizenexport überspringt 30 Mio. t-Hürde - Euronext-Weizen fester

Die Weichweizenausfuhren der EU auf den Weltmarkt übersprangen die 30 Mio. t-Hürde und vergrößerten ihren Vorsprung auf das Vorjahr wieder auf nunmehr 64%. In den 46 Berichtswochen des laufenden Wirtschaftsjahres bis zum 17. Mai wurden aus der Union 30,256 Mio. t nativer Weichweizen in Drittländer exportiert. Dazu kommen 503.712 t Weichweizenäquivalent, die als Mehl ausgeführt wurden sowie 940.944 t Hartweizen und 207.828 t Durumäquivalent in Mehlform. Die Weltmarktnachfrage habe sich zuletzt aber doch abgeschwächt. Dafür wendete sich der Pariser Terminhandel am Dienstag den pessimistischen Ernteprognosen zu und befestigte sich Weizen etwas. Nach anfänglich roten Vorzeichen, drehte der Weizen an der Euronext am späten Mittag neuerlich in den grünen Bereich und bewegte sich für den Dezember-Liefertermin für die neue Ernte mit +2 Euro/t bei 189 Euro/t. Der quasi Ex-Ernte September-Kontrakt notierte mit ebenfalls +2 Euro/t bei 187 Euro/t. Auch Raps verzeichnete einen Zuwachs auf 374,50 Euro für Lieferung im August.

Weiterhin uneinheitliches Bild auf den internationalen Märkten

Das Bild an den internationalen Märkten und Terminbörsen bleibt uneinheitlich. Es wechseln einander Wettermärkte mit Corona-Ängsten, Spannungsauf- und -abbau zwischen Handelsmächten, externe Einflüsse wie Ölpreis- und Währungsschwankungen sowie börsentechnische Faktoren wie Shortcovering und Schnäppchenjagden nach billigen Kontrakten ab und bestimmen den Ton. Insgesamt blieben die Bewegungen in Grenzen und zeigt sich die Stimmung wenig euphorisch.

Die Regierung in Peking fordert als Vorsorge für allfällige Lieferunterbrechungen wegen einer zweiten Corona-Welle Agrarhandel und Verarbeiter auf, die Lagerstände an Agrarrohstoffen noch weiter aufzustocken - zumal Sojabohnen und Mais aus US-Herkunft zurzeit auch billig sind. Dazu weitete sie unter anderem zollbegünstigte Importkontingente aus beziehungsweise eröffnet solche. Dementgegen belegte Peking Gerste aus Australien mit Strafzöllen, weil man Down Under unerlaubte Subventionierungen dieses Produkts vorwirft.

Aus den USA kamen nach einer zwischenzeitlichen neuerlichen Periode von Drohungen Signale, am Handelsdeal der Phase 1 mit China festhalten zu wollen. Rege Nachfrage aus China, aber auch eine Befestigung der Preise von Erd- und Palmöl halfen zuletzt den Chicagoer Notierungen von Soja und Mais. Allerdings lägen Chinas Sojakäufe in den USA aber noch immer unter Plan. Den Sojabohnen hilft auch, dass die US-Farmer für die Ernte 2020 eine überraschend kleine Fläche mit Sojabohnen bestellt hätten. Dafür wiegt eine ebenso überraschend große Maisfläche in den USA schwer auf die weltweite Versorgungsbilanz. Investmentfonds begannen dennoch mit dem Aufbau von Long-Positionen - also Wetten auf steigende Preise - für Mais und Sojabohnen, wohingegen sie beim Weizen weiter short gingen. Die Weizennotierungen an der CBoT in Chicago waren zu Wochenbeginn auf ein Zweimonats-Tief gefallen. Die Exporte blieben lahm und in den Plains fiel dringend benötigter Regen, während andere Anbauggebiete weiterhin nach Niederschlägen lechzen. Dabei setzte das Landwirtschaftsministerium USDA die Bonitierung der Winterweizenbestände in den Vereinigten Staaten entgegen der Markterwartung gegenüber der Vorwoche von 53 auf 52% exzellent und gut hinab. Zuletzt verhalfen frisch aufkeimende Exporthoffnungen den US-Weizennotierungen wieder zu einer Erholung. (Schluss) pos

Inflation sank im April 2020 auf 1,5%

Corona-Krise machte geänderte Vorgangsweise bei Berechnung notwendig

Wien, 20. Mai 2020 (aiz.info). - Die österreichische Inflationsrate lag im April 2020 bei 1,5%, wie aus Berechnungen von Statistik Austria hervorgeht (März: 1,6%). Ausschlaggebend für den Rückgang der Inflation war ein weiterer Preisrutsch bei Treibstoffen und Heizöl. Für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke wurde durchschnittlich um 2,6% mehr bezahlt. * * * *

Die umfangreichen Einschränkungen des öffentlichen Lebens zur Eindämmung von COVID-19 wirkten sich auch auf die Berechnung der April-Inflationsrate aus. Ein Teil der Preise konnte nicht wie gewohnt erhoben werden und wurde daher ersetzt oder fortgeschrieben. Unterschiedliche Methoden und Ansätze kamen zur Anwendung, um die Erhebungsausfälle zu kompensieren und ihren Einfluss auf die Inflationsrate zu begrenzen. Insgesamt waren im April, gemessen an ihrer Gewichtung, etwa 26% der zu erhebenden Preise für Waren und Dienstleistungen von nicht zu ersetzenden Erhebungsausfällen betroffen und mussten unter Verwendung international gängiger und EU-weit abgestimmter Methoden fortgeschrieben werden.

Ohne Preise für Wohnen hätte die Inflation 1,0% betragen

Die Preise für die Kategorie Wohnung, Wasser, Energie stiegen im Jahresvergleich durchschnittlich um 2,3%. Sie beeinflussten die allgemeine Teuerung mit +0,46 Prozentpunkten und waren damit stärkster Preistreiber im Jahresabstand. Die Instandhaltung von Wohnungen verteuerte sich um 3,1%, Mieten stiegen um 3,2%. Die Haushaltsenergie zeigte sich als beinahe preisstabil (durchschnittlich +0,5%), weil die höheren Strompreise (+7,0%) durch massiv gefallene Heizölpreise (-23,6%) kompensiert wurden. Die Preise für feste Brennstoffe stiegen um 2,5%, jene für Fernwärme um 0,8%; Gas verbilligte sich um 0,9%.

Unterschiedliche Preisentwicklung bei Lebensmitteln

Für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke wurde durchschnittlich um 2,6% mehr bezahlt. Insbesondere die Fleischpreise erhöhten sich deutlich (+5,8%). Die Preise für Brot und Getreideerzeugnisse stiegen im April um 2,4%, für Milch, Käse und Eier insgesamt um 1,9% sowie für Fisch um 6,7%. Obst verteuerte sich um 2,2%, Gemüse hingegen wurde um 1,5% billiger. Alkoholfreie Getränke kosteten um 1,4% mehr.

In der Kategorie Verkehr zahlte man durchschnittlich um 1,6% weniger. Ausschlaggebend dafür waren die Treibstoffpreise, die insgesamt um 14,7% fielen. Im März hatten sie sich noch um 8,5% verbilligt.

Wöchentlicher Einkauf verbilligt sich weiter

Das Preisniveau des Mikrowarenkorbs, der überwiegend Nahrungsmittel, aber auch Tageszeitungen oder den Kaffee im Kaffeehaus enthält und den täglichen Einkauf repräsentiert, stieg im Jahresabstand um 3,2% (März +2,4%). Das Preisniveau des Miniwarenkorbs, der einen wöchentlichen Einkauf abbildet und neben Nahrungsmitteln und Dienstleistungen auch Treibstoffe enthält, ging im Jahresabstand um 1,1% zurück (März -0,3%).

Die harmonisierte, auf europäischer Ebene vergleichbare Inflationsrate betrug im April in Österreich 1,5% und war damit gleich hoch wie der Verbraucherpreisindex (VPI). In den Ländern des Euroraums ist dieser Wert im Schnitt auf 0,3% gesunken und in der gesamten EU auf 0,7%. (Schluss) kam

Green Deal-Strategien: Reaktionen reichen von Jubel bis Widerstand

Für IGP kommt Innovation zu kurz - Bio Austria begrüßt Ziel für EU-weiten Bioanteil

Wien, 20. Mai 2020 (aiz.info). - Die von der EU-Kommission heute präsentierte "Farm to Fork"- und Biodiversitätsstrategie mit Vorschlägen für einen künftig deutlich reduzierten Dünger- und Pflanzenschutzmitteleinsatz sowie einer Ausweitung der Stilllegungsflächen wertet die IndustrieGruppe Pflanzenschutz (IGP) als "falsches Signal". "Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die europäische Landwirtschaft darin unterstützt werden sollte, eine Eigenversorgung mit Lebensmitteln sicherzustellen", machte **Christian Stockmar**, Obmann der IGP, aufmerksam. Aus Sicht der Pflanzenschutzmittel-Hersteller komme die Innovation als ein wesentlicher Faktor zu kurz. So sei in der Vergangenheit dank verbesserter Formulierungen und Wirkstoffe die ausgebrachte Menge an

Pflanzenschutzmitteln pro Hektar sukzessive reduziert worden. "Jeder Landwirt verfolgt das Ziel, seine Pflanzen gesund zu erhalten, um damit hochwertige Lebensmittel zu produzieren. Wir werden daher weiterhin in die Forschung und Entwicklung innovativer, schonender und nachhaltiger Pflanzenschutzmittel investieren, seien es biologische oder konventionelle", kündigte Stockmar an. *
* * *

Reduktionsziele werden von den Herstellern von Pflanzenschutzmitteln zwar grundsätzlich im Sinne des integrierten Pflanzenschutzes begrüßt, so der IGP-Obmann, diese sollten aber wissenschaftsbasiert und realistisch sein und durch ein Impact Assessment gestützt werden. So zeige eine aktuelle Studie für die sieben Hauptkulturen in Europa signifikant niedrigere Erträge von 10 bis 40%, sollten wichtige Wirkstoffe nicht mehr verfügbar sein. "Aufgrund dieser geringeren Erträge wird mehr landwirtschaftliche Fläche benötigt, um die gleiche Menge an qualitativ hochwertigen Lebensmitteln zu erhalten. Das erfordert einen stärkeren Einsatz von Traktoren und birgt damit eine Erhöhung der Treibhausgas-Emissionen. Zudem würde die Umwandlung von Naturräumen in Ackerfläche ebenfalls Emissionen verursachen", führte Stockmar an. Daher brauche es aus Sicht der IGP einen ganzheitlichen Ansatz bei der Diskussion von Maßnahmen, um die angestrebten Klimaschutzmaßnahmen zu erreichen und gleichzeitig sicherzustellen, dass die europäische Landwirtschaft auf hohem Niveau produzieren kann.

"Aktuell werden Forschung und Entwicklung sowie der Einsatz von Innovationen im Pflanzenschutzsektor durch die regulatorischen Rahmenbedingungen nicht begünstigt. Daher fehlen zur Kontrolle von wichtigen Schädlingen und Krankheiten in manchen Kulturen bereits entsprechende Wirkstoffe. Nur mit der Förderung einer hohen Innovationskraft können den europäischen Landwirten die richtigen Werkzeuge zur Gesunderhaltung der Pflanzen in die Hand gegeben werden", verdeutlichte Stockmar.

Bio als Eckpfeiler einer nachhaltigen Landwirtschaft

Bio Austria begrüßt den Vorschlag der EU-Kommission, Bio-Flächen innerhalb der EU von derzeit 7,7% auf 25% bis 2030 ausweiten zu wollen. "Die Bio-Landwirtschaft wird in den beiden Strategien des Green Deal als wesentlicher Eckpfeiler der Umgestaltung zu einer nachhaltigen Land- und Lebensmittelwirtschaft in der EU genannt. Dass die EU-Kommission erstmals konkrete Ziele für den Bio-Anteil in der Landwirtschaft etabliert und gleichzeitig Maßnahmen zur Marktentwicklung setzen will, ist ein positives Signal für die Umgestaltung der Landwirtschaft hin zu einer gleichermaßen ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit", betonte Bio Austria-Obfrau **Gertraud Grabmann**.

Entscheidend werde es nun sein, die Zielsetzungen der Biodiversitäts- und "Farm to Fork"-Strategie konkret umzusetzen, allen voran in der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP), um die Leistungen der Bäuerinnen und Bauern für die Gesellschaft zu honorieren und ökologisch und ökonomisch nachhaltige Landwirtschaft so auch wettbewerbsfähiger zu machen. "Österreich hat im Bereich der biologischen Landwirtschaft bereits viel erreicht. Dass die EU-Kommission diesen Weg auf europäischer Ebene nachzeichnen möchte, ist gleichzeitig als Bestätigung für Erreichtes sowie als Verpflichtung für die Zukunft zu sehen", so Grabmann. (Schluss)

Möblier zum Tag der Artenvielfalt: Naturschutz ohne Bauern ist nicht möglich

Kürzungen der EU-Ausgleichszahlungen würden der Biodiversität schaden

Klagenfurt, 20. Mai 2020 (aiz.info). - "Kärntens Bauern sind engagierte Vorreiter beim Schutz der Artenvielfalt. Mit ihrer naturnahen Bewirtschaftung sichern sie die natürlichen Ressourcen und leisten einen umfassenden Beitrag zur Biodiversität", erklärt Landwirtschaftskammer (LK)-Präsident **Johann Möblier** anlässlich des Internationalen Tages der Artenvielfalt am 22. Mai. Möblier verweist dabei auf die hohe Teilnahmerate von über 80% der heimischen Bauern am Agrar-Umweltprogramm ÖPUL. * *

Der Schutz der biologischen und genetischen Vielfalt wird in Kärntens Agrarpolitik großgeschrieben: 100% der Felder sind gentechnikfrei, 72% des Grünlandes werden in Form von extensiven Wiesen und Weiden genutzt, und auf rund 60% der gesamten Grünland- und Ackerfläche des Bundeslandes wird auf den Einsatz von chemisch-synthetischen Düngern und Pflanzenschutzmitteln gänzlich verzichtet. Auf mehr als 4.000 ha freiwillig angelegter Biodiversitätsflächen finden Bienen, weitere Insekten und Bodenbrüter Nahrung sowie Lebensraum - Möblier zufolge "das Ergebnis unserer ökosozialen Agrarstrategie".

Er nimmt dies aber auch zum Anlass, um mit auf Halb- und Nichtwissen basierenden Vorurteilen aufzuräumen: "Immer wieder ist die Landwirtschaft Ziel von undifferenzierten Angriffen und muss als Sündenbock für das Artensterben herhalten. Für negative Entwicklungen in der Umwelt gibt es aber immer eine Vielzahl an Einflüssen - vom Klimawandel bis hin zum Verkehr und zur Industrie." Eines stellt Möblier unmissverständlich klar: "Unsere kleinstrukturierte, auf Nachhaltigkeit ausgelegte bäuerliche Familienlandwirtschaft schützt mit ihrer Bewirtschaftung die Vielfalt und schadet ihr nicht."

Kürzung der EU-Agrarmittel wäre Anschlag auf Artenvielfalt

Sorgen bereitet Möblier, dass die EU-Kommission möglicherweise die Zahlungen für die EU-Agrarprogramme ab 2021 kürzen will, was negative Auswirkungen auf die Umweltmaßnahmen und damit auf die Artenvielfalt hätte: "Viele bäuerliche Leistungen werden über die EU-Agrarprogramme unterstützt. Kürzungen der EU-Ausgleichszahlungen würden auch die Biodiversität gefährden."

Eine Umfrage der LK Kärnten (KeyQuest 2019) erhob bei heimischen Landwirten, wie diese auf eine Reduktion der Ausgleichszahlungen von rund 10 bis 15% reagieren würden. 48% der Befragten gaben an, in diesem Fall aus den ÖPUL-Maßnahmen zumindest teilweise auszusteigen. Dementsprechend bekräftigt Präsident Möblier abschließend den Standpunkt der LK: "Wir brauchen ein starkes EU-Agrarbudget, damit die Bauern auch weiterhin ihre Leistungen für die Umwelt erbringen können." (Schluss)

Tirol: Auch in Serfaus drei tote Schafe aufgefunden

Bauern sollen verstärkt nach ihren Tieren sehen

Innsbruck, 20. Mai 2020 (aiz.info). - Nachdem in Matrei in Osttirol drei Schafe mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem Wolf gerissen wurden, sind der Behörde gestern auch im Gemeindegebiet von Serfaus drei tote Schafe gemeldet worden. Diese haben sich bereits auf der Alm befunden. Die Tierhalter werden aufgerufen, verstärkt nach ihren Schafen und Ziegen zu sehen.
* * * *

Wolf als Verursacher nicht auszuschließen

Zwei der drei Schafe wurden vom örtlich zuständigen Amtstierarzt vor Ort begutachtet. "Aufgrund des Rissbildes ist ein Wolf als Verursacher nicht auszuschließen", sagt **Martin Janovsky**, Experte des Landes für große Beutegreifer. Zur weiteren Abklärung wurden von den beiden Schafen Tupferproben für eine DNA-Analyse genommen. Diese werden an das Forschungsinstitut für Wildtierkunde und Ökologie nach Wien geschickt.

Im Februar und März des heurigen Jahres wurden zwei Rehe im Gemeindegebiet von Fiss nachweislich von einem Wolf gerissen. Auch bei einem Rehriss im November des Vorjahres wurde genetisch ein Wolf nachgewiesen. Aus der Region wird immer wieder von Wolfssichtungen berichtet. Aktuelles Bildmaterial von Sichtungen oder Spuren liegen der Behörde jedoch nicht vor.

Der beim Land Tirol für Herdenschutz zuständige Experte **Josef Gitterle** von der Abteilung landwirtschaftliches Schulwesen und Landwirtschaftsrecht empfiehlt den Tierhaltern im betroffenen Gebiet vorerst, verstärkt nach ihren Tieren zu schauen und Auffälligkeiten zu melden. Nutztiere, die von einem großen Beutegreifer gerissen wurden, werden finanziell entschädigt. Die Bevölkerung wird gebeten, Sichtungen, Filmaufnahmen, Fotos oder Risse der Bezirkshauptmannschaft zu melden.
(Schluss)

Russland erwartet Ölpflanzenernte knapp unter dem Rekord von 2019

Trockenheit lässt Erträge schrumpfen

Moskau, 20. Mai 2020 (aiz.info). - In Russland dürfte 2020 die Erzeugung von Sonnenblumen, Raps und Soja um 1% gegenüber dem im vergangenen Jahr verzeichneten Rekord auf insgesamt etwa 21,5 Mio. t zurückgehen, schätzt der landwirtschaftliche Analysen- und Informationsdienst APK-Inform. Es handelt sich dabei um die drei wichtigsten Ölpflanzen in dem Land. Der Rückgang sei trotz einer voraussichtlichen Ausweitung der Anbaufläche um 4% auf landesweit gut 13,5 Mio. ha zu erwarten und auf die dürrebedingten Ertragseinbußen zurückzuführen, erklärte eine Expertin von APK-Inform bei einer Video-Fachkonferenz zu den Ernteaussichten in Russland, der Ukraine und Kasachstan in der vergangenen Woche. Während das Areal von Sonnenblumen mit rund 8,5 Mio. t in etwa dem Vorjahr entsprechen soll, zeichne sich bei Raps eine Ausdehnung um 11% auf den bisherigen Höchststand von 1,7 Mio. ha beziehungsweise bei Sojabohnen um 8% auf bis zu 3,3 Mio. ha ab. Besonders bei Soja sei eine wachsende Nachfrage von Verarbeitern und Exporteuren zu beobachten. (Schluss) pom

Lagerhäuser starten neue Imagekampagne "Miteinander. Füreinander"

Mitarbeiter und Funktionäre vor den Vorhang geholt

Wien, 20. Mai 2020 (aiz.info). - Die neue Imagekampagne der österreichischen Lagerhäuser "Miteinander. Füreinander" rückt rund 12.500 in ganz Österreich aktive Lagerhaus-Mitarbeiter und mehr als 100.000 Funktionäre in den Vordergrund, die gemeinsam mit den Landwirten die agrarische Produktion auch in schwierigen Situationen sichern. "Der Wert der Genossenschaft wird gerade in Zeiten wie der Corona-Krise besonders deutlich. Dieser zeigt, dass Grundsätze wie Stabilität, nachhaltiges Wirtschaften und Handschlagqualität überhaupt nicht von gestern, sondern vielmehr die Zukunft sind", so RWA-Agrarmarketingleiter und Kampagnenverantwortlicher **Christoph Pesl**. * * * *

15 Gesichter aus den Lagerhäusern quer durch die Genossenschaften und die verschiedenen Bereiche wie Agrarberatung oder Landtechnik wurden für die Kampagne ausgewählt und sollen das breite Leistungsspektrum widerspiegeln. Es gehe um ein Miteinander, in dem die Bauern stets auf die Lagerhäuser zählen können, und ein Füreinander, in dem sich die Österreicher auf eine starke heimische Landwirtschaft verlassen können. (Schluss)

Internationaler Weltbientag: Oberösterreich bietet Blühpatenschaft an

Hiegelsberger: Ein großer Tag für den wichtigsten Nützlichling in der Landwirtschaft

Linz, 20. Mai 2020 (aiz.info). - "Bienen und blütenbestäubende Insekten sind äußerst wichtig für ein funktionierendes Ökosystem. Gleichzeitig gelten sie in vielen Gebieten als gefährdet. Jede und jeder, angefangen bei der Landwirtschaft bis hin zu privaten Gartenbesitzern und auch Unternehmen, kann einen Beitrag dazu leisten, dass unsere Bienen gesund, vital und zahlreich bleiben", appelliert Oberösterreichs Agrar-Landesrat **Max Hiegelsberger** anlässlich des heutigen Internationalen Weltbientages. Das Bienenzentrum Oberösterreich verlost dazu auf seiner Homepage www.bienenzentrum.at das Buch "Hallo Wildbiene" von Undine Westphal, das die Leser dazu anregen möchte, diese wunderbaren kleinen Geschöpfe mit offenen Augen zu entdecken und zu erkennen, wie wichtig ihre Existenz für das ökologische Gleichgewicht ist. * * * *

Erstmals Blühpatenschaften möglich

Außerdem hat das Bienenzentrum gemeinsam mit dem Maschinenring das Projekt "Blühpatenschaft - ich mach mit!" ins Leben gerufen, mit dem Insekten und Landwirte unterstützt werden sollen und wieder mehr Farbe in die heimische Landschaft gebracht werden soll. "Dabei werden hochwertige, mehrjährige Blühflächen von der heimischen Landwirtschaft in ganz Oberösterreich angelegt und gepflegt", erläutert **Petra Haslgrübler** vom Bienenzentrum. Eine Patenschaft kann mit einem finanziellen Beitrag von 60 Cent pro m² Blühfläche übernommen werden. Flächen werden ab 25 m² um 15 Euro für ein Jahr angeboten und können für maximal fünf Jahre abgeschlossen werden. Die Anmeldung erfolgt über die Homepages der beiden Organisationen (www.bienenzentrum.at/bluehpatenschaft oder www.maschinenring-bluehpatenschaft.at).

Die Biene ein wichtiger Bestäuber

Die Bestäubung durch Insekten ist die Grundlage für unsere Nahrung und der Ursprung der Vielfalt an Blumen und Pflanzen auf unserem Planeten. In der Landwirtschaft stellt sich meist die Frage, wie eine Kultur optimal bestäubt wird. Dafür gibt es kein pauschales Patentrezept, jede landwirtschaftliche Kultur hat eigene Anforderungen. Eine kombinierte Bestäubung durch Wild- und Honigbienen liefert meist die besten Ergebnisse bei der Fruchtbildung. "Die Honigbiene ist nach wie vor am effizientesten bei der Bestäubung großflächig angelegter Kulturen wie Raps, besonders wenn diese ausreichend Nektar und Pollen produzieren. Ein weiterer Vorteil ist, dass Honigbienen blütenstet sind. Das bedeutet, eine Arbeiterin bleibt während eines Sammelflugs einem Blütentyp treu. Dieses Zusammenspiel macht Bienen zu den wichtigsten Mitarbeitern der Bäuerinnen und Bauern", so Hiegelsberger.

Bei kleineren Flächen oder Kulturen, die für Honigbienen eher unattraktiv sind (z. B. Erdbeeren oder Johannisbeeren), spielen Wildbienen eine wichtige Rolle. Durch Strukturvielfalt in der Kulturlandschaft kann eine Steigerung der lokalen Wildbienenpopulationen erreicht werden, die sich dann an der Bestäubung der landwirtschaftlichen Kulturen beteiligen. Bereits ein etwas breiterer, blütenreicher Feldrain, eine Wildhecke oder ein Blühstreifen können hier ausreichen, um Lebensraum für Wildbienen zu schaffen. (Schluss)

Burgenländische Erdbeerernte trotz erschwerten Bedingungen angelaufen

Berlakovich: Problem der fehlenden Fachkräfte in Corona-Zeit überwiegend gelöst

Wiesen, 20. Mai 2020 (aiz.info). - Es war wieder ein herausforderndes Jahr für die burgenländischen Erdbeerbauern. Neben einem massiven Niederschlagsmangel - in Wiesen wurden bis zum heutigen Tag 54 mm Regen gemessen - gab es zur Blütezeit einige Frostnächte. Dennoch sind die Produzenten mit der Qualität ihrer Früchte zufrieden und können, nachdem auch der Corona-bedingte Erntehelfermangel nun teilweise behoben ist, ihre Früchte auf den Markt bringen, wo sie von den Verbrauchern schon sehnsüchtig erwartet werden. * * * *

"Die heimische Ananas-Erdbeere ist bei den Konsumenten besonders beliebt, da sie das erste saisonale und regionale Freilandobst ist. Als Landwirtschaftskammer haben wir uns mit voller Kraft dafür eingesetzt, dass unsere Bauern auch heuer die Ernte einholen können. Trotz Corona-bedingtem Fachkräftemangel konnten wir mit unserer Arbeitskräftevermittlungsplattform landwirtschaftliche Helfer bereitstellen. Wir konnten auch den Pendlerverkehr zwischen Ungarn und Österreich aufrechterhalten", erklärte Burgenlands Landwirtschaftskammer (LK)-Präsident **Nikolaus Berlakovich** heute bei einem Lokalaugenschein in Wiesen.

Die "Wiesener Ananas-Erdbeere" ist eine eigene Genussregion. Das Hauptanbaugebiet befindet sich im Bezirk Mattersburg, wo die Früchte überwiegend im Freiland angebaut werden, nur 1% im geschützten Anbau, zum Beispiel im Folientunnel. Diese Herstellungsweise gewinnt immer mehr an Bedeutung, da die Produktionssicherheit mit gleichbleibender Fruchtqualität gewährleistet und der Erntebeginn verfrüht wird.

"Unsere burgenländischen Erdbeeren schmecken durch die vielen Sonnenstunden nicht nur hervorragend, sie schützen durch kurze Transportwege auch das Klima und erhalten Arbeitsplätze. Sie sind ab Hof, unmittelbar bei den Erdbeerfeldern am Straßenrand, in Bauernläden und im Lebensmittelhandel zu kaufen", appelliert Berlakovich an die Verbraucher, dabei immer genau auf die Herkunft zu achten. (Schluss)

Landesweingut Hollabrunn seit 2019 bio-zertifiziert

Praxisbezogene und zukunftsorientierte Ausbildung für junge Winzergeneration

St. Pölten, 20. Mai 2020 (aiz.info). - Nach einer dreijährigen Umstellungsphase ist der gesamte Weinjahrgang 2019 des Landesweinguts Hollabrunn Bio-Wein. Kultiviert werden nach den Richtlinien des biologischen Anbaus sechs Weißwein- und vier Rotweinsorten, die nun verkostet und erworben werden können. "Die biologische Weinproduktion kommt der Innovationsfreude sowie dem Umweltschutzgedanken der jungen Winzergeneration entgegen. Damit wird praxisbezogene und zukunftsorientierte Bildung an der Landwirtschaftlichen Fachschule (LFS) Hollabrunn mit Leben erfüllt und die hohe Ausbildungsqualität weiter gefestigt", betont Bildungs-Landesrätin **Christiane Teschl-Hofmeister**. * * * *

Schon vor der Umstellungsphase galt es, die passenden Rebsorten zu wählen. Denn biologisch bedeutet, dass sowohl im Keller als auch im Weingarten ökologisch gearbeitet wird. "Es kommen keine chemischen Mittel bei der Schädlingsbekämpfung und der Düngung zum Einsatz", erklärt **Rudolf Reisenberger**, Direktor der LFS Hollabrunn. Erfahrung und Know-how seien beim biologischen Weinbau besonders gefragt, gelte es doch Nützlinge zu fördern und im Weingarten ausschließlich mit naturschonenden Pflegemaßnahmen zu arbeiten. Auch bei der Weinherstellung werden ausschließlich natürliche Mittel verwendet, so Reisenberger, der betont, dass aktuell über 14% der Weingärten in Österreich nach den Grundsätzen der biologischen Landwirtschaft bewirtschaftet werden. (Schluss)